Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung

SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1996)

Heft: 1: Strom ohne Grenzen?

Artikel: Mythos Deregulierung

Autor: Bär, Rosmarie

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-586162

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 19.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Mythos Deregulierung

Immer wenn im Bundeshaus über die Probleme der Landwirtschaft oder das Defizit der SBB debatiert wird, immer wenn die Versicherungsprämien neu festgelegt werden und seit neustem immer wenn in in Sachen Strompolitik die Köpfe zusammengesteckt werden, regiert ein Wort: Deregulierung. Ein neuer Fundamentalismus bricht sich Bahn. Wo es um kurzfristige Gewinnmaximierung geht, bleibt nicht selten die Ethik auf der Strecke.

Von Rosmarie Bär*

"Ich glaube an Gott, den allmächtigen Markt, und an seine einzig legitime Tochter, die Deregulierung". So könnte das neue Glaubensbekenntnis der neoliberalen Fundamentalisten lauten, schreibt der Pfarrer und Schriftsteller Kurt Marti etwas sarkastisch, wie er selber meint.

1989 ist mit der Berliner Mauer mitten in Europa die Bipolarität der Weltordnung zusammengebrochen. Der Westen hat über den Osten gesiegt. Das Scheitern der kommunistischen Kommandowirtschaft wurde eilends zum Unfehlbarkeitssiegel der freien Marktwirtschaft umgegossen. Heute ist der freie Handel die gültige Definitionsmacht, der Weltmarkt die Bezugsgrösse schlechthin. Deregulierung ist zum weltweiten Zauberwort des ausgehenden Jahrzehnts geworden. Überall ertönt der Ruf nach besseren Rahmenbedingungen für die Wirtschaft - gemeint ist weitgehende Schrankenlosigkeit. Adam Smith's invisible hand werde so die Welt in eine blühende Zukunft führen.

Wir wissen es: Es läuft nicht, wie man(n) es sich vorgestellt hat. Aus der konjunkturellen Flaute, aus der kurzen, von den Auguren als rasch vorübergehend erwarteten Rezession ist mehr geworden. Arbeitslosigkeit hat alle Länder und bald alle Schichten erfasst, die Kluft zwischen Arm und Reich wird tiefer, der Rand der Gesellschaft immer breiter. Dies gilt auch für Länder, die als Wachstums-

* Rosmarie Bär ist Präsidentin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES.

und Absatzwunder gelten. Auch wo die Wirtschaftsdecke grösser wird, wärmt sie die Menschen nicht mehr. Wachstum heisst eben nicht automatisch mehr Arbeitsplätze und heisst schon gar nicht mehr Wohlstand für alle. Die öffentliche Fürsorge hat immer mehr Kundschaft, während multinationale Konzerne im Finanz- und im Industriesektor Gewinne schreiben

"Die 'Ärzte de Pury und Co.' verschreiben der Schweiz das bekannte Allerweltsheilmittel: Noch mehr Deregulierung, noch weniger staatliche Schutzmassnahmen.

Noch mehr von dem, was uns bis jetzt so Bauchweh gemacht hat, soll jetzt Heilung bringen."

wie nie zuvor. Und die Börse boomt. Immer mehr für wenige, statt genug für alle, wird zur bitteren Realität.

Krise nennen die Ökonomen die Lage. Aus der konjunkturellen ist längst eine strukturelle Krise geworden. Die Widersprüche der Marktwirtschaft sind offensichtlich. Die Struktur-Krise ist eine doppelte: einmal eine ökologische, zum anderen eine soziale Krise. Durch den Einsatz von viel zu viel billiger Energie verursachen wir riesige Klima- und Umweltprobleme. Durch immer mehr Energie-Einsatz und Kapital verdrän-

gen wir die Menschen von ihren Arbeitsplätzen.

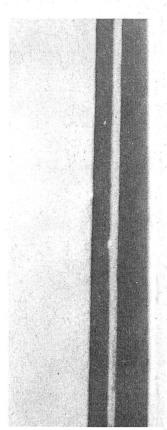
Auch in der Schweiz sieht es düster aus. Die "Ärzte de Pury und Co." diagnostizieren einen "Liberalisierungsschock", "eine explosionsartige Globalisierung der Wirtschaft" und eine "dramatische Zunahme des internationalen Wettbewerbes". Sie verschreiben der Schweiz das bekannte Allerweltsheilmittel: Noch Markt, noch mehr Deregulierung, noch weniger staatliche Schutzmassnahmen. Noch mehr von dem, was uns bis jetzt so Bauchweh gemacht hat, soll jetzt Heilung bringen. Der Sozialstaat soll seine gesamtgesellschaftlichen Leistungen aufgeben; auszurufen sei der Nachtwächterstaat. Ärmel hochkrempeln, Ellbogen einsetzen, wer nichts hat ist selber schuld; so lautet die Devise. Darwin und sein Gesetz "survival of the fittest" ist wieder in.

Je kritischer die Situation wird, desto grösser wird der Chor der Minnesänger eines schrankenlosen Marktes; desto lauter und inniger singen sie die drei Strophen ihres Liebesliedes: Deregulierung, Revitalisierung und Privatisierung. Erst wenn endlich die Selbstheilungskräfte des freien Marktes voll wirken könnten, werde sich Friede und Wohlstand einstellen, verheissen die neuen "Markt-Evangelisten und ihre gläubigen Anhänger". "Die providentielle Weisheit und Macht des Marktes ist in eine geradezu religiöse, respektive pseudoreligiö-Dimension hineingewachsen", konstatiert der Schriftsteller Kurt Marti.

(Nun, auf eine Verbindung zwischen Gott und Geld baut unserer Land schon lange. "Dominus providebit" steht auf dem Rand unseres Fünflibers...).

Natürlich sind Deregulierung und Privatisierung nicht von vornherein des Teufels. Administrativem Leerlauf und bürokratischer Schwerfälligkeit muss der Kampf angesagt werden. Es gibt zahlreiche Bereiche,

14 ENERGIE&UMWELT 1/96





Verbote sollen fallen. Allerdings kann nicht der freie Markt das Ziel sein, denn es gibt keinen Automatismus des gerechten Wirtschaftens. (Foto: Monika Estermann)

die besser dem Spiel der Marktkräfte überlassen würden. Aber, Deregulierung verlangt, muss zuerst dem Verursacherprinzip und der Kostenwahrheit zustimmen. Nehmen wir einmal die Atomkraftwerke: Wie würde es mit ihnen aussehen, wenn kein Staat finanziell gerade stehen würde, wenn die Betreiber für das Betriebsrisiko selber die volle Haftung und die Privatversicherungen die volle Deckung übernehmen müssten? Oder denken Sie an die Einführung von marktwirtschaftlichen Lenkungsabgaben auf nicht-erneuerbaren Energien. Sie hätte den Abbau von staatlichen Geboten und Verboten zur Folge, würde gerechte Preise für Umweltgüter schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit neuer Technologien fördern und damit zusätzliches Beschäftigungspotential erschliessen. Unter solchen Rahmenbedingungen würde eine Liberalisierung der Energiewirtschaft Sinn machen. Gerade davon aber wollen die "Marktschreier" nichts wissen.

Es gibt keinen Automatismus des gerechten Wirtschaftens.

Wohlstand, Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Schutz der Schwachen und Schutz der Lebensgrundlagen bedingen das Primat der Politik. Eine Wirtschaft ohne politisch gesetzten Rahmen und ohne soziale und ökologische Regeln ist niemals dem Allgemeinwohl verpflichtet. Ohne die aber hat sie keine Berechtigung. "Es gilt heute wohl endgültig Abschied zu nehmen von der Vorstellung, dass zusätzliche Freiheit und zusätzliche Sicherheit durch zusätzliche ökonomische Werte geschaffen und bewahrt werden können", schreibt der Staatsrechtler Peter Saladin.

Nationalstaatliche Souveränität wird durch die Globalisierung der Wirtschaft gegen innen und aussen relativiert. Die Politik wird durch den Freihandel mehr und mehr entmachtet. Gerade eine globalisierte Wirtschaft bedingt aber mehr denn je das Primat der Politik. Soziale Netze müssen auf staatlicher Ebene geknüpft werden, denn übergeordnete politische Institutionen, supranationale Instanzen sind keine da, die auf die Globalisierung der Wirtschaft und auf das transnationale Wirken der Multis Einfluss nehmen könnten. Ökonomische Grenzenlosigkeit und staatliche Grenzen, das ist eine der grossen Herausforderungen unserer Zeit. Wie lassen sich globale Zusammenhänge politisch und damit sozial und ökologisch verantwortungsvoll organisieren. Auf diese zentrale Frage müssen

wir eine Antwort finden. Eine Antwort auf die falschen Versprechen der neoliberalen Wirtschaftsführer, die vorgeben, die Gesellschaft zu stärken, indem sie den Staat und seine Gestaltungsfähigkeit schwächen. Die Heraufsetzung der Unterschriftenzahlen bei Initiativen und Referenden z.B., wie sie jetzt bei der Revision der Bundesverfassung vorgeschlagen wird, ist so eine Einschränkung der politischen Mitgestaltungsmöglichkeit des Volkes.

Deregulierung dient der kurzfristigen Gewinnmaximierung. Wo kurzfristiger Gewinn höher gewertet wird als das Erreichen sozialer Gerechtigkeit und höher als die Erhaltung der Lebensgrundlagen, da fehlt die ethische Verantwortung. Handeln ohne Ethik ist zerstörerisch und somit das

Gegenteil von nachhaltiger Entwicklung. Zur nachhaltigen Enwicklung als weltweite Handlungsmaxime aber haben wir uns am Erdgipfel von Rio verpflichtet (siehe Editorial).

Wie schreibt der Sozialethiker Hans Ruh? "Die Zukunft ist ethisch oder gar nicht". Wer möchte da nicht in sein Überleben einwilligen.

ENERGIE&UMWELT 1/96 15